



Modernisierung

Wenn ein tragender Pfeiler der Demokratie bröckelt

**Roland Czycholl
und Harald Czycholl-Hoch**

Dr. Roland Czycholl ist Richter am Arbeitsgericht Hamburg und derzeit als Referatsleiter an die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz in Hamburg abgeordnet. Er hat Rechtswissenschaften an der Bucerius Law School in Hamburg sowie der University of Sydney studiert.

Harald Czycholl-Hoch ist Wirtschaftsjournalist. Er arbeitet unter anderem für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Süddeutsche Zeitung und ist Autor mehrerer Sachbücher. Er hat die Kölner Journalistenschule besucht und Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln studiert.

In der Nacht vom 10. auf den 11. September 2024 stürzte in Dresden die Carolabrücke ein – völlig unerwartet. Ursache war Experten zufolge Spannungskorrosion, entstanden durch Feuchtigkeit, die über Jahre unentdeckt blieb. Brücken sind hochkomplexe und anspruchsvolle Bauwerke: Sie halten nur, wenn man sie regelmäßig überprüft, instand hält und erneuert. Deutschlands Infrastruktur galt lange als vorbildlich. Eine einstürzende Brücke passt da nicht ins Bild – und ist ein Warnsignal: Sie zeigt, dass man sich auf Erreichtem nicht ausruhen darf, sondern es pflegen und weiterentwickeln muss.

Das gilt auch für Deutschlands Justiz: Sie ist ein tragender Pfeiler der Demokratie – und auch sie stößt an Grenzen. Über eine Million unbearbeitete Strafverfahren bei den Staatsanwaltschaften und überlange Verfahrensdauern an den Zivilgerichten zeigen strukturelle Probleme auf. Auch die Justiz ist ein hochkomplexes und anspruchsvolles System. Wie eine Brücke braucht auch die Justiz regelmäßige »Wartung«: Reformen, genug Personal und moderne Technik. Bleibt all das aus, wird sie mit der Zeit schwächer – und gerät irgendwann in Wanken.

Eine solche Entwicklung wäre fatal für unsere Demokratie. Denn diese funktioniert nur, wenn ihre Institutionen stark sind. Die Justiz trägt dabei besonders viel Verantwortung: Als Kontrollinstanz sichert sie die Einhaltung von Gesetzen und den Schutz individueller Rechte.

Zugleich dient sie als Bollwerk gegen Machtmissbrauch und Willkür. Eine unabhängige, starke Justiz signalisiert, dass niemand über dem Gesetz steht. Ist sie schwach, sinkt das Vertrauen der Bevölkerung ins politische System. Gleichzeitig steigt die Gefahr, dass eine autoritäre Regierung den Staat nach eigenem Gutdünken umbaut, weil sie keine juristische Kontrolle fürchten muss.

Historisch und aktuell zeigt sich: Kommen autoritäre Kräfte an die Macht, greifen sie oft zuerst die Justiz an. Ein prominentes Beispiel ist Ungarn: Die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán schränkte nach ihrer Machtübernahme im Jahr 2010 die richterliche Unabhängigkeit durch umfangreiche Justizreformen und Verfassungsänderungen Schritt für Schritt ein. Das Verfassungsgericht wurde in seinen Kompetenzen beschnitten. Außerdem schuf man ein neues Justizverwaltungsorgan, über das die Regierung Einfluss auf die Ernennung von Richtern nahm. Diese Erosion der Gewaltenteilung führte dazu, dass die Regierung weitgehend ohne richterliche Kontrolle agieren konnte – und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz sank. Nach dem Regierungswechsel in diesem Jahr steht das Land nun vor einer Kehrtwende: Der neue Ministerpräsident Péter Magyar strebt eine Aufhebung des von Fidesz geschaffenen Systems an. Trotzdem dürfte es Jahre dauern, bis die rechtsstaatliche Ordnung in Ungarn wieder stabil ist.

Natürlich ist die Justiz nicht der einzige tragende Pfeiler einer Demokratie. Aber ohne sie verlieren die Menschen das Vertrauen ins politische System. Die effektive Gewaltenteilung, die eine funktionierende Demokratie ausmacht,

gelingt nur, wenn die Justiz stark genug ist, um ihrer Kontrollfunktion gerecht zu werden. Das wiederum macht Reformen notwendig: Verfahren müssen in angemessener Zeit abgeschlossen werden und die Justiz muss mit technologischen Sprüngen Schritt halten. Ein zentraler Hebel ist die Digitalisierung: Elektronische Akten, die überall funktionieren, und bundesweit kompatible und benutzerfreundliche Fachverfahren wären wichtige Aspekte. Gleichzeitig muss der Zugang zur Justiz vereinfacht werden, etwa durch die Möglichkeit einer einfachen, digitalen Klageeinreichung und beschleunigte Online-Verfahren über ein zentrales Justizportal.

Voraussetzung dafür ist eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Justizorgane statt immer neuer Kürzungen. Diese mögen für politisch Verantwortliche bequem sein, um Haushaltslücken zu schließen. Mittel- bis langfristig jedoch erodiert durch eine mangelhafte personelle, sachliche und technische Ausstattung der Justizorgane das Vertrauen der Bevölkerung. Wie bei einer Brücke gilt: Wer Schäden zu lange ignoriert und nicht investiert, riskiert am Ende den Einsturz. Dann nämlich, wenn das Justizsystem nicht mehr dazu in die Lage versetzt wird, sich weiterzuentwickeln, um seine Rolle in der Demokratie ausfüllen zu können.

» **Die effektive Gewaltenteilung funktioniert nur, wenn die Justiz stark genug ist, um ihrer Kontrollfunktion gerecht zu werden.** «

